

Kommuniqué
der 12. Sitzung der Deutsch-Kirgisischen Regierungskommission
für die Angelegenheiten der Deutschen in der Kirgisischen Republik

Die 12. Sitzung der Deutsch-Kirgisischen Regierungskommission für die Angelegenheiten der Deutschen in der Kirgisischen Republik (im Weiteren „Kommission“) fand am 21. September 2017 in Berlin statt.

Die Sitzung stand unter dem gemeinsamen Vorsitz des Beauftragten der Regierung der Bundesrepublik Deutschland für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Mitglied des Deutschen Bundestages Herrn Hartmut Koschyk, und des Stellvertretenden Außenministers der Kirgisischen Republik, Herrn Emil Kaikiev.

1. Die Kommission erörterte eingehend die Lage der Bürger der Kirgisischen Republik deutscher Volkszugehörigkeit. Es bestand Einvernehmen darüber, dass die Bürger der Kirgisischen Republik deutscher Volkszugehörigkeit gemeinsam mit den aus der Kirgisischen Republik in die Bundesrepublik Deutschland ausgesiedelten Spätaussiedlern wichtige Bindeglieder zwischen den Zivilgesellschaften beider Länder darstellen.
2. Die Kommission unterstrich, dass die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Kirgisischen Republik auch weiterhin die gemeinsame Arbeit zur Unterstützung der Bürger der Kirgisischen Republik deutscher Volkszugehörigkeit im sozial-ökonomischen Bereich sowie im Bereich der Kultur und der Bildung fortführen werden. Die Kommission stellte fest, dass die Bedingungen für die Wahrung und Weiterentwicklung der ethnischen Identität und die nationale Entwicklung der Bürger der Kirgisischen Republik deutscher Volkszugehörigkeit auch in Zukunft verbessert werden müssen. Dabei können die Fördermaßnahmen für die ethnischen Deutschen auch andere Bürger der Kirgisischen Republik umfassen.
3. Die Kommission begrüßte, dass die in der Kirgisischen Republik verbliebenen Bürger deutscher Volkszugehörigkeit wünschen, auch in Zukunft in der Kirgisischen Republik zu leben. Beide Seiten werden auch künftig alle Anstrengungen unternehmen, um die allgemeine Lebenssituation der Bürger der Kirgisischen Republik deutscher Volkszugehörigkeit zu verbessern. Ihnen soll auch mit Hilfe der von der deutschen Bundesregierung durchgeführten

dankte dem Bürgermeisteramt der Stadt Tokmok für die Finanzierung der Heizkosten sowie der Wasserversorgung der Sozialstation Tokmok und bittet, auch in Zukunft Möglichkeiten für eine Kofinanzierung der Tätigkeit des DHHF durch die kirgisische Seite zu prüfen.

9. Die deutsche Seite wird die Umsetzung ihrer Maßnahmen der sozialen Hilfe für besonders Bedürftige, insbesondere für die Trudarmisten und Personen, die Repressionen oder der Deportation unterworfen waren, sowie für bedürftige Personen anderer Volkszugehörigkeit im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel auch in den folgenden Jahren fortsetzen.
10. Die Kommission betonte die hohe Bedeutung der Förderung der Jugend. Der Verband der Deutschen Jugend Kirgistans berichtete über den Sachstand zum Aufbau von deutschen Fußballschulen, die mit Unterstützung des Deutschen Fußballbundes und des Goethe-Instituts, ähnlich wie in Polen, auch in Kirgistan etabliert werden sollen. Daneben sollen erfolgreiche Projekte, die vom Deutschen Jugendverband Kirgistans umgesetzt worden sind (Sprachstätten und Sprachcamps, Work-Shops, Freizeitgruppen unterschiedlicher Richtungen, Projekte zur Eliteförderung, das Jugendaustauschprojekt „Jugendbegegnungen“, das Projekt zur Förderung der Begegnungsstätten und Jugendclubs, der Studentenaustausch über den DAAD, die Projekte des Goethe-Instituts, des ifa und der Hanns-Seidel-Stiftung) im Rahmen der Jugendarbeit auch weiterhin eine besondere Unterstützung erhalten.
11. Der Volksrat der Deutschen Kirgistans informierte über den Sachstand der Einrichtung einer nichtstaatlichen Vorschuleinrichtung des frühkindlichen Erlernens der deutschen Sprache in der Sozialstation Tokmok. Die deutsche Seite äußerte die Hoffnung auf Beilegung des Gerichtsverfahrens und Schaffung der Rechtssicherheit bezüglich des Gebäudes der Sozialstation Tokmok. Die kirgisische Seite nahm die Besorgnis der deutschen Seite zur Kenntnis und wies darauf hin, dass die Angelegenheit im Rahmen des Rechts der Kirgisischen Republik geprüft wird. Die Kommission sicherte dem Volksrat der Deutschen Unterstützung für seine Bemühungen zu, für die Projekte Kindersprachzirkel, Sprachcamps, Deutscher Kindergarten Tokmok und für Fortbildungsmaßnahmen für Deutschlehrer Sprachassistenten zu gewinnen.
12. Die in der 12. Sitzung diskutierten neuen Ideen und Formen der erweiterten Zusammenarbeit, u.a. in den Bereichen Kultur, Wirtschaft und Sport, sollen für die nächste Regierungskommissionssitzung in einer Arbeitsgruppe unter

Projekte eine gute Zukunftsperspektive in der Kirgisischen Republik eröffnet werden.

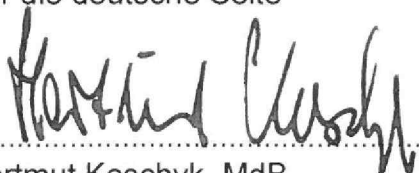
4. Beide Seiten informierten über die seit der 11. Kommissionssitzung durchgeführten Maßnahmen zugunsten der Bürger der Kirgisischen Republik deutscher Volkszugehörigkeit. Die Kommission brachte ihre Zufriedenheit über die erfolgreiche Durchführung der Projekte durch beide Seiten zum Ausdruck und bekräftigte ihre Absicht, die Zusammenarbeit zur Lösung von Angelegenheiten im Zusammenhang mit der deutschen Minderheit in der Kirgisischen Republik fortzusetzen und zu vertiefen.
5. Beide Seiten informierten die Teilnehmer der Sitzung über die geplanten Projekte im Jahr 2017. Die Kommission nahm die Berichte beider Seiten über diese Projekte zustimmend zur Kenntnis.
6. Beide Seiten unterstrichen den bedeutenden Beitrag des Volksrates der Deutschen Kirgistans zur Festigung der deutsch-kirgisischen Beziehungen und zur wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung des Landes. Die deutsche Seite brachte ihre Bereitschaft zum Ausdruck, den Volksrat der Deutschen Kirgistans auch weiterhin zu unterstützen, und informierte darüber, dass perspektivisch der Volksrat der Deutschen Kirgistans die Verantwortung für die Planung, Durchführung und finanzielle Abwicklung der Fördermaßnahmen des Bundesministeriums des Innern gemäß dem Recht der Kirgisischen Republik erhalten soll. Zunächst wurde dem Volksrat der Deutschen ab Juli 2017 die Verantwortung für die Umsetzung der über den Deutschen Humanitären Hilfsfonds (Gründer Volksrat der Deutschen) abgewickelten sozialen Projekte übertragen.
7. Die Kommission begrüßte die Initiative des Volksrats der Deutschen zur Einrichtung eines deutsch-kirgisischen Kultur- und Geschäftszentrums in Bischkek. Beide Seiten werden die Möglichkeiten einer Unterstützung dieser Initiative prüfen.
8. Die Kommission nahm mit Befriedigung zur Kenntnis, dass der Deutsche Humanitäre Hilfsfonds einen gewichtigen Beitrag zur Betreuung von behinderten, kranken und betagten Menschen leistet. Beide Seiten versicherten ihre Bereitschaft, die Arbeit des Deutschen Humanitären Hilfsfonds auch künftig zu unterstützen und in Übereinstimmung mit dem Recht der Kirgisischen Republik Vergünstigungen und Präferenzen zu gewähren. Die deutsche Seite

Teilnahme von Vertretern beider Seiten und des Volksrats der Deutschen aufbereitet werden.

13. Beide Seiten stimmten darin überein, dass die verschiedenen Projekte auch künftig zwischen der deutschen Mittlerorganisation des Bundesministeriums des Innern und dem Volksrat der Deutschen Kirgistans in Gesprächen abgestimmt werden. In diesem Zusammenhang würdigte die Kommission die effektive Arbeit der Mittlerorganisation des Bundesministeriums des Innern, der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ).
14. Die Kommission würdigte die umfangreiche, langjährige, bilaterale Zusammenarbeit des Volksrates der Deutschen Kirgistans und des Deutschen Humanitären Hilfsfonds mit dem Deutschen Roten Kreuz. Die deutsche Seite informierte darüber, dass das Deutsche Rote Kreuz nicht mehr als Mittler für die Medikamentenhilfe zur Verfügung steht. Sie versicherte, dass diese wichtige Arbeit auch nach Beendigung der Mittlertätigkeit des Deutschen Roten Kreuzes mit dem neuen Mittler Baden-Württemberg International, der in Abstimmung mit dem Volksrat der Deutschen ausgewählt wurde, fortgeführt werden soll.
15. Beide Seiten vereinbarten, dass die 13. Sitzung der Deutsch-Kirgisischen Regierungskommission in der Kirgisischen Republik stattfinden wird. Der Termin wird bilateral zwischen der deutschen und der kirgisischen Seite abgestimmt.

Unterzeichnet in Berlin am 21. September 2017 in zwei Exemplaren in deutscher und russischer Sprache.

Für die deutsche Seite



Hartmut Koschyk, MdB

Beauftragter der Regierung
der Bundesrepublik Deutschland
für Aussiedlerfragen und
nationale Minderheiten

Für die kirgisische Seite

.....
Emil Kaikiev

Stellvertretender Außenminister der
Kirgisischen Republik

